

Kurzprofile der Parteien

SPD

Die SPD antwortet durchgehend klar proeuropäisch und regionalpolitisch. Sie betont den Nutzen europäischer Förderpolitik für Mecklenburg-Vorpommern, lehnt eine stärkere Zentralisierung von EU-Mitteln ab und verbindet Europa mit Kohäsion, Ostseekooperation, Energiewende und grenzüberschreitender Infrastruktur.

Inhaltlich setzt sie auf eine starke GAP mit regionalen Entscheidungsspielräumen, auf einen Ausgleich von Artenschutz und Fischerei, auf Forschungskooperation im Ostseeraum, auf Austauschprogramme für junge Menschen sowie auf Offshore-Wind, Stromnetze, Wasserstoff und enge Zusammenarbeit mit Polen, Dänemark und Schweden.

AfD

Die AfD beantwortet die Fragen deutlich skeptischer gegenüber europäischer Integration und verbindet viele Themen mit dem Motiv nationaler oder regionaler Souveränität. Sie kritisiert EU-Auflagen, Bürokratie und Umverteilung, lehnt den Offshore-Wind-Ausbau ab und bewertet Wasserstoffprojekte sehr zurückhaltend.

Zwar erkennt sie an, dass europäische Programme in einzelnen Bereichen praktisch genutzt werden können, etwa bei Austauschformaten oder Forschungskooperation. Auffällig ist jedoch, dass der Europabezug häufig instrumentell bleibt und viele Antworten stärker über Abgrenzung gegenüber EU-, Klima- und Migrationspolitik strukturiert sind als über positive Vorschläge zur europäischen Zusammenarbeit.

Die Linke

Die Linke ist klar proeuropäisch, verbindet Europa aber sehr stark mit sozialer, ökologischer und regionaler Ausgleichspolitik. Sie betont Kohäsion, öffentliche Daseinsvorsorge, gemeinwohlorientierte Forschung, soziale Teilhabe und die Stärkung regionaler Entscheidungskompetenz gegenüber einer stärkeren Zentralisierung.

Inhaltlich setzt sie auf eine ökologisch und sozial umgebaute GAP, auf die Absicherung von Fischerei und Kommunen, auf Austausch und Beteiligung für junge Menschen, auf Offshore-Wind und grenzüberschreitende Netze sowie auf eine enge Kooperation im Ostseeraum.

FDP

Die FDP argumentiert ebenfalls proeuropäisch, aber stärker marktwirtschaftlich und technologieoffen. Sie verbindet europäische Zusammenarbeit vor allem mit Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, privaten Investitionen, weniger Bürokratie und besseren Rahmenbedingungen für Unternehmen, Forschung und Infrastruktur.

Sie unterstützt europäische Forschungsprogramme, grenzüberschreitende Energie- und Verkehrsnetze, Offshore-Wind, Wasserstoff, Mobilität nach Polen und eine starke Rolle der

Regionen bei EU-Fördermitteln. Zugleich betont sie, dass Förderung vor allem wirtschaftliche Dynamik ermöglichen und nicht dauerhafte staatliche Steuerung ersetzen soll.

Wichtige Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Gemeinsame Linien

Alle vier Parteien erkennen an, dass Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise vom Ostseeraum, von grenzüberschreitender Mobilität und von europäischen Förderarchitekturen betroffen ist. Unterschiede bestehen vor allem in der Bewertung der Rolle der EU und der politischen Instrumente, nicht in der Relevanz der Themen selbst.

SPD, FDP und Die Linke sehen Europa insgesamt als Gestaltungsraum für regionale Entwicklung, Zusammenarbeit und Zukunftsinvestitionen. Bei der AfD dominiert dagegen eine skeptischere Perspektive, in der europäische Politik häufig als Quelle zusätzlicher Regulierung, Umverteilung oder Fehlsteuerung erscheint.

Größte Unterschiede

Die größten Gegensätze liegen in der Energiepolitik, im Verständnis europäischer Integration und bei der Frage der Förderarchitektur. SPD, Die Linke und FDP verbinden Offshore-Wind, Netze, Wasserstoff und Ostseekooperation mit wirtschaftlichen Chancen und europäischer Handlungsfähigkeit, während die AfD Offshore-Wind strikt ablehnt und Wasserstoffprojekte vor allem unter Kosten- und Subventionsgesichtspunkten bewertet.

Auch bei der Verwendung europäischer Mittel zeigen sich Unterschiede: SPD und Die Linke argumentieren besonders stark für eigenständige europäische Fonds und regionale Entscheidungskompetenzen, die FDP ebenfalls für eine starke regionale Rolle, aber mit stärkerem Fokus auf Effizienz, Flexibilität und private Investitionen. Die AfD beschreibt die Entwicklungen des MFR (des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU) vor allem unter dem Aspekt von Zentralisierung, Unsicherheit und größerem Einfluss nationaler Verteilungskämpfe.